Nummer 598. XXIII. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Sonnabend, 24. November 1894.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Der Streit der Sozialdemokraten.

Herr v. Vollmar setzt in einem dritten Artikel zur „Fahnenerhebung Bebels“ die Polemik gegen den Berliner Führer energisch fort. Er kommt zunächst noch einmal auf den Widerspruch in Bebels Verhalten zurück. Entweder, meint er, habe Bebel schon in Frankfurt seine pessimistische Auffassung von der Lage der Partei gehabt; dann sei es eine bewußte Irreführung der Partei und eine Pflichtverletzung, wie sie sich ärger nicht denken ließe, gewesen, daß er von den schweren Gefahren, in denen sich die Partei befinden soll, nicht nur nichts habe ahnen lassen, sondern sie im Gegentheil in dem Glauben bestärkt habe, daß, abgesehen von einigen kleinen Einzelheiten, alles aufs Beste bestellt sei. Oder Bebel habe damals wirklich gesprochen, wie er gedacht; wie aber sei dann die Entstehung von Bebels Berliner Rede zu begreifen? Darauf giebt Vollmar folgende hübsche Antwort:

Man muß sich erinnern, daß die Geschichte, die jetzt Bebel vom moralischen Niedergang der Partei erzählt, durchaus nichts Neues ist. Die Vorwürfe des Opportunismus, der Kleinbürgerei, der Versumpfung, und wie die schönen Synonyma alle heißen, sind wohl so alt wie die Partei selbst, d. h. so lange im Brauch, als Bebel thätig ist. Wohl haben ja auch andere Parteigenossen sich zeitweilig aufs Moralpredigen und Unheilprophezeien verlegt. Man denke nur an Karl Marx bekannte Kritik des Gothaer Vereinigungsprogrammes, in der er Worte wie „verwerflich“, „demoralisirend“, „Prinzipienschacher“ anwandte und das Schlimmste für die Partei voraussah; was letztere bekanntlich nicht gehindert hat, fröhlich weiter zu wachsen und zu gedeihen. Am treuesten aber blieb seiner alten Neigung für die „Versumpfung“ und was dazu gehört August Bebel. Wer seine Parteithätigkeit verfolgt, der wird finden, daß er es nie lange ohne dieses Requisit aushalten konnte. In seinen zahlreichen mündlichen und schriftlichen Aeußerungen finden sich die Jeremiasklagen, abwechselnd mit den hellseherischen Prophezeiungen vom unmittelbar bevorstehenden Kladderadatsch, mit einer gewissen Regelmäßigkeit, zerstreut.

Vollmar erhärtet diesen Vorwurf durch Beispiele und fährt dann fort:

Die Gewohnheit ist des Menschen zweite Natur; und wenn man sie mit der Gabel austriebe, sie wird immer wieder zurückkehren. Wer sich einmal daran gewöhnt hat, Geister zu citiren, dem erscheinen sie bald am hellen Tage, und wenn er sie selbst verjagen wollte. So geht es Bebel mit seinem Versumpfungsgespenst. Wenn er in guter Stimmung ist und ihm Alles nach Wunsch geht, so denkt er nicht daran. Aber die See des Gemüthes ist bei keinem Menschen leichter durch jeden Luftzug in Bewegung zu bringen als bei Bebel. Und wenn gar sein steifnackiger Wille unerwartet einigen Schwierigkeiten begegnete, dann schäumt und brodelt es alsbald, und die aufgewühlten Wogen werfen sich wüthend gegen das Hinderniß, um es um jeden Preis zu zerschmettern. Aber das gelingt ihnen nicht immer und in neuerer Zeit weniger als früher. In diesem Kampf erscheint dann plötzlich das alte Gespenst. Und sobald Bebel es nur erst gesehen hat, dehnt es seine Glieder und schwillt an, bis es riesengroß ist und die ganze Phantasie erfüllt, so daß kein Raum für ruhige Ueberlegung mehr bleibt. Und dann rennt Bebel spornstreichs hin und hält eine Rede, wie die in Berlin.

Nun hört sich eine solche psychologische Erklärung ganz gut an und wird sich dereinst in einer Biographie Bebels recht interessant lesen. Aber das Leben einer Partei und vor Allem das einer Kampfpartei, wie der Sozialdemokratie, kann sich doch nicht blos nach solchen persönlichen Gemüthsmomenten richten.

Die harte Wirklichkeit muß härtere Forderungen stellen, und es hieße Bebel selbst den schlechtesten Dienst erweisen, wenn man — und wäre es, um ihn einem verdienten scharfen Tadel zu entziehen — ihn nicht ernster nehmen wollte.

Und so bleibt denn nur das Urtheil übrig: daß die Beweggründe von Bebels Auftreten in seiner verletzten Eigenliebe und unzugänglichen Rechthaberei und Selbstherrlichkeit zu suchen sind, die ihn — den Führer einer demokratischen Partei — seine Person haben über das offensichtlichste Parteiinteresse stellen lassen, zum Aergerniß und Schaden der Sozialdemokratie und nur den Gegnern zur Freude und zum Nutzen!

Nebenher läßt sich auch Grillenberger in der „Fränk. Tgp.“ wieder vernehmen, aber seine Ausführungen verdienen nicht dasselbe Interesse, wie die Vollmarschen; denn sie arten in kleinliches persönliches Gezänk aus. Bemerkenswerth erscheint nur der Schluß des Artikels, in dem es von Bebel heißt:

Und dann zählt er noch in echt kleinspießbürgerlicher Manier auf, welche Geldbeiträge aus der allgemeinen Parteikasse in einem längeren Zeitraum nach Baiern geflossen sind. Er führt darunter auch die Diäten der baierischen Reichstagsabgeordneten auf (!) und wirft uns vor, daß dem „Nürnberger Geschäft“ in schweren Zeiten auch einmal von Partei wegen geholfen wurde! Daraus können alle Diejenigen, welche schon einmal aus Parteimitteln Unterstützung oder eine Entschädigung oder auch Beiträge zur Agitation empfangen haben, die Lehre ziehen, daß sie Gefahr laufen, dies vom Genossen Bebel öffentlich vorgeworfen zu bekommen, wenn sie sich erlauben, rückhaltlos eine eigene Meinung gegenüber den Ansichten Bebels zu vertreten. Wahrlich, wir hätten nicht gedacht, dem Genossen Bebel je auf diesem Niveau begegnen zu müssen. Wir werden übrigens noch vor einem anderen Forum Bebel zur Rechenschaft ziehen. Konstativen wollen wir noch, daß bis jetzt alle Parteiblätter, welche die Streitfrage selbstständig behandeln, dem Genossen Bebel sachlich Unrecht geben.

Der „Fränkischen Tagespost“ antwortet Bebel im „Vorwärts“ mit einer nichtssagenden Erklärung, Herrn v. Vollmar will er erst antworten, wenn die Artikelserie „Bebels Fahnenerhebung“ in der „Münch. Post“ beendet ist. Inzwischen hat das Centralorgan über Nacht seine Meinung geändert, oder wie es, um den Frontwechsel zu verdecken, selbst sagt, es ist mißverstanden worden. Es veröffentlicht „In eigener Sache“ nachstehende Erklärung:

In unserem gestrigen Artikel mit der gleichen Spitzmarke heißt es, daß das Urtheil, welches wir in den Leitartikeln des „Vorwärts“ über den Frankfurter Parteitag gefällt haben, „in diametralem Gegensatz zu dem von Bebel in der Versammlung des 14. November Gesagten“ stehe.

Damit war lediglich erklärt, daß wir das pessimistische Urtheil Bebels über den ganzen Verlauf der Verhandlungen und das geistige Niveau des Parteitages sowie eines Theils der Partei in keiner Weise billigen und unser in jenen Artikeln formulirtes günstiges Urtheil nicht zurücknehmen können.

Unsere Aeußerung ist aber auch dahin mißverstanden worden, als hätten wir uns gegen die Stellungnahme Bebels zu den auf dem Parteitage verhandelten Fragen erklärt. Das ist ein Irrthum.

Die Bebelsche Resolution über die Taktik in den Landtagen war von Liebknecht nicht nur mitunterzeichnet, sondern auch mitbegründet; und in der Agrarfrage steht Liebknecht, wie er auch gestern in einer Volksversammlung ausführte, seit einem Vierteljahrhundert auf demselben Standpunkte wie Bebel.

Mit dieser Erklärung wird der „Vorwärts“ bei den Süddeutschen voraussichtlich kein Glück haben. Vollmar hat seine neuerlichen Angriffe gegen Bebel damit motivirt, daß der Parteivorstand und das Centralorgan ihres Amtes nicht gewaltet, sie hätten Bebels Auftreten in Berlin offen und gerade tadeln müssen. Die erste Erklärung des „Vorwärts“ sollte diesen Vorwurf entkräften, man mußte annehmen, das Blatt stehe in dieser Frage auf Seiten Vollmars. Wenn es jetzt wieder ein Loch zurückſteckt, so dürfte das wohl auf den Einfluß Bebels zurückzuführen sein, dem, wie wir gestern im Gegensatz zum „Vorwärts“ betonten, mindestens ein großer Theil der sozialdemokratischen Partei sich nicht zu entziehen vermag, wenn diese auch noch so gut disciplinirt ist.

* Den **Aussichten** des **neuesten Kurses** stellt Abg. Dr. Barth in der letzten Nummer der „Nation“ ein wenig günstiges Prognostikon. Bei der Verworrenheit der Parteiverhältnisse im Reichstage und der Schwäche der ehemaligen Träger der Kartellpolitik würden die neuen Steuerleute, die zur Führung des Reichsschiffes berufen sind, schwerlich Neigung und Leichtsinn genug verspüren, um in dem herrschenden dicken Nebel munter darauf los zu fahren. Allerdings könne die Regierung in der Frage der sogenannten **Umsturzgesetzgebung** nicht mehr zurück.

„Nachdem“, schreibt Herr Barth, „bereits eine Anzahl Minister bei dem Gebiet des Entwurfs umgekommen sind, muß man schon Anstandshalber den Versuch, das Vaterland zu retten, weiter treiben. Daß man sich seitens der Regierung aber ob dieser Vorlage stark erhitzen wird, ist kaum anzunehmen. Man wird vermuthlich froh sein, mit guter Art davonzukommen. Aber selbst das ist nicht ganz leicht. Nur wenn es sich um eine recht unschädliche weiße Salbe handelt, ist die Annahme im Reichstage einigermaßen sicher. Die Kunst wird darin bestehen, ein Gesetz zu formuliren, das zwar nichts nützt, aber auch nichts schadet und das dabei doch nicht so läppisch ist, um die Heiterkeit der Sozialdemokraten zu erregen. Gelingt es, unter Wahrung des äußeren Scheins, diese unbequeme Erbschaft zu liquidiren, so wird man noch einen zweiten großen Stein des Anstoßes, die Steuerfrage, zu überspringen haben.“

Die Aussichten der Tabakfabrikatsteuervorlage aber seien nicht günstiger geworden, nachdem die Entwickelung der Einnahmen des Reichs und Preußens den Optimisten mehr als den Pessimisten Recht gegeben habe.

„Es liegt danach auf der Hand, daß, wenn die gegenwärtige Reichsregierung sich nicht darauf beschränkt, politisch von der Hand in den Mund zu leben, wenn sie den Ehrgeiz hat, noch mehr zu thun, als blos die Maschine nothdürftig im Gange zu erhalten, das Centrum ganz oder theilweise gewonnen werden muß. Aber auch ein solcher Entschluß ist leichter gefaßt als ausgeführt. Stände noch heute ein Windthorst an der Spitze des Centrums, so wäre es vielleicht möglich, mit dem Centrum — unter erheblicheren Opfern auf dem Gebiete von Kirche und Schule — zu einem politischen Abkommen zu gelangen. Aber ein Politiker, der wie Windthorst Prokura für so schwierige Transaktionen besäße, ist in der Centrumspartei nicht mehr vorhanden. Die Manövrirfähigkeit des Centrums, die unter Windthorst ungewöhnlich groß war, ist heute geringer als die jeder anderen Partei. Mit dem Centrum zu paktiren, ist deshalb schon an sich ein schwieriges Ding, selbst wenn die Regierung zum weitesten Entgegenkommen bereit sein sollte. Dies Entgegenkommen darf andererseits nicht so weit gehen, daß die Nationalliberalen und die Freikonservativen allzu stark vor den Kopf gestoßen werden.“

Man sieht, zu diesem Ergebniß kommt der freisinnige Parlamentarier, wie groß die Schwierigkeiten sind, sobald man sich auch nur anschickt, die von den Kritikern des Caprivischen Regiments so stürmisch verlangte „zielbewußte und einheitliche Politik“ zu verwirklichen. Daß durch eine Reichstagsauflösung diese Schwierigkeiten beseitigt werden könnten, ist einstweilen noch höchst unwahrscheinlich. Immerhin wird der Gedanke, eine solche heroische Kur zu versuchen, sich bald genug aufdrängen. Zunächst aber, bis die Reaktionäre genug zu Kräften gekommen sind, werden wir uns im Reiche wohl auf eine Variation der Taaffeschen Politik des „Fortwurstelns“ gefaßt zu machen haben.

---

* Das **„Interview** mit dem Grafen **Herbert Bismarck“** in der „Pall Mall Gazette“, von dem wir in einer Londoner Depesche Notiz genommen hatten, ist erfunden. Die Hamb. Nachr. veröffentlichen folgende Erklärung:

Schönhausen, 22. November 1894.

Ein Berliner Blatt von gestern bringt die Nachricht, daß die Londoner „Pall Mall Gazette“ ein angebliches „Interview“ mit mir veröffentlicht hat. Der Text liegt mir nicht vor; es kommt indessen nicht darauf an, was er enthält, da er auf freier Erfindung beruht. Wenn die Berliner Nachricht über die Auslassung der „Pall Mall Gazette“ zutreffend ist, so ist letztere das Opfer einer groben Täuschung geworden.

Graf Bismarck-Schönhausen.

---

* Ein **schwerer Schlag** steht dem **Gastwirthsgewerbe** in **Braunschweig** bevor. Unser dortiger L-Korrespondent schreibt uns am 21. November darüber: Die herzogliche Polizeidirektion beabsichtigt nämlich, für sämmtliche Gastwirthsbetriebe (Hotels, Cafés, Restaurationen) eine Feierabendstunde festzusetzen, und zwar sollen die Cafés und Restaurationen erster Klasse künftig um ein Uhr Nachts, die Wirthschaften zweiter Klasse dagegen um elf Uhr Abends schließen. Einen „Versuch“ nach dieser Richtung machte die Polizeibehörde schon am vorigen Frei-

---

Olliviers „L'Empire libéral.“

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 24. November.

Emile Ollivier, „der Mann des leichten Herzens,“ der im Jahre 1870 die Verantwortlichkeit für den Krieg übernahm, läßt am morgigen Sonntag bei Garnier den ersten Band eines siebenbändigen Werkes „L'Empire libéral“ erscheinen, das die Resultate einer langjährigen Arbeit enthält, in der er die Ideen und Thatsachen, die zum Kriege 1870 geführt haben, sowie den Krieg selbst mit Veröffentlichung neuer Details darstellen will. Der Zweck der Darstellung ist, nach seinen eigenen Worten, nicht seine persönliche Vertheidigung gegen ein Urtheil der Geschichte, das ihn dem Haß, der Verachtung und der politischen Unthätigkeit geweiht hat, als vielmehr der Wunsch, aus Vaterlandsliebe Frankreich von dem Vorwurf weiß zu waschen, Elend, Mißtrauen, Haß und Barbarei unter den Völkern entfesselt zu haben. „Ich will zeigen,“ erklärt er, „daß Frankreich im Jahre 1870 nicht aggressiver war als 1792 und 1806, daß Frankreich nur seine Unabhängigkeit vertheidigt hat, ohne diejenige eines andern anzutasten.“

Darf man sich hiernach schon auf bedeutende Geschichtsverdrehungen und Sophistereien gefaßt machen, so wird diese Annahme noch durch die heute im Wortlaut vorliegende Vorrede des Werkes bestätigt. Da diese Vorrede in nuce die Quintessenz des ganzen Werkes enthält, so mögen aus ihr einige Auszüge mitgetheilt werden. 1866 und 1867 sind nach Ollivier die verhängnißvollen Jahre, in denen sich das Geschick des zweiten Kaiserreichs entschieden hat, in denen das Nationalitätsprinzip verlassen und das Eroberungsprinzip zu Gunsten Preußens wieder erweckt worden ist. Wenn 1870 das Jahr des militärischen Zusammenbruches zu nennen ist, ist 1866 dasjenige des politischen Zusammenbruches. „Daher ist nichts tragischer,“ schreibt Ollivier, „als die Geschichte des Ministeriums vom 2. Januar, das heißt des Ministeriums Ollivier. Sie erinnert an diejenige der Musikanten in Romeo und Julia“, die, zum Hochzeitsschmaus geladen, gerade zur Zeit der Todtenklage eintreffen. In dem ganzen Ministerium herrschte seit dem Jahre 1866 die festeste Absicht, den unvermeidlich gewordenen blutigen Konflikt nicht vorzeitig herbeizuführen, sondern im Gegentheil durch vorausschauende Enthaltsamkeit und beiderseitige Abrüstung abzuwiegeln. Die Friedensliebe war Allen theuer, weil man in ihr eine Friedensgarantie erblickte. Dieses ehrliche und von leidenschaftlicher Friedensliebe erfüllte Ministerium hat das rollende Rad des Geschickes nicht aufhalten können. Es ist gezwungen worden, unvorbereitet ein Kriegsministerium zu werden, es ist durch das Falsum, das stärker als sein Wille war, fortgerissen, unterjocht und besiegt worden.“

Nach dieser ebenso phrasenreichen, wie innerlich unwahren Vertheidigung geht Ollivier mit einer ans Cynische grenzenden Unverschämtheit auf den Kernpunkt der Streitfrage zwischen Deutschland und Frankreich ein. Seit Jahrhunderten bestand zwischen Deutschland und Frankreich der Kampf um die natürlichen Grenzen. Der Rhein genügte Deutschland nicht, Deutschlands Kriegsleute gaben vor, die Berge und nicht die Flüsse seien die wirklichen Grenzen und verlangten deshalb den westlichen Abhang der Vogesen im Interesse von Deutschlands Sicherheit. Aber weniger gierig als die Deutschen, begnügten sich die Franzosen mit dem linken Rheinufer und verlangten nicht den östlichen Abhang des Schwarzwaldes, worauf ihnen die preußischen Theorien ein Anrecht gegeben hätten. Die französische Forderung des linken Rheinufers ist sehr alt. Schon im elften Jahrhundert sieht man die Rheingrenze auftauchen. In der Politik Philipp Augusts hinterließ sie sichtbare Spuren, Karl VII. strebte sie an, Richelieu näherte sich ihr, Ludwig XIV. stand im Begriff sie zu erlangen und die Revolution verwirklichte sie. Gezwungen, anzugreifen, um sich zu vertheidigen, und in dem Traum befangen, aus Frankreich das erste Volk der Welt zu machen, ging Napoleon weit über sie hinaus. Selbst in den Stunden des Mißgeschicks wollte er sie nicht aufgeben. Wenn die Nation den Frieden auf Grund der alten Grenzen will, erklärte Napoleon, so werde ich ihr gehorchen und ihr sagen: „Suche dir einen anderen Regenten, ich bin zu groß für dich; einen solchen Frieden kann nur ein Bourbone machen.“ Die Bourbonen machten den Frieden, Deutschland erhielt den Höhenzug der Vogesen nicht und Frankreich behielt im Elsaß und in Straßburg den Zugang zum Rhein.

Anstatt aus dieser seiner eigenen Entwickelung den logischen Schluß zu ziehen, daß Frankreich Deutschland gegenüber seit Jahrhunderten eine Eroberungspolitik geübt, entwickelt Ollivier in seinem ganzen Werk gerade den entgegengesetzten Gedanken, daß Frankreich nur den Nationalitätsgedanken hochgehalten hat, wogegen Preußens Eroberungspolitik den Pakt von 1815 zerrissen habe. Direkt komisch ist seine Methode, Frankreich von der Verantwortlichkeit des letzten Krieges zu befreien. „Hat etwa die französische Regierung,“ fragt er, „Bismarck und Prim gebeten, ohne ihr Vorwissen, insgeheim im Dunkeln, wie bei einem Komplot, die Kandidatur des preußischen Prinzen zu organisiren, gegen die Benedetti in Berlin schon 1869 protestirt hatte? Hat sie etwa Bismarck gebeten, ein Telegramm sophistisch zu verdrehen und in allen Städten, in den Zeitungen und Kanzleien die Nachricht verbreiten zu lassen, daß der König von Preußen sich geweigert habe, unsern Gesandten zu empfangen, und seine Forderungen verworfen? Ohne diese beiden Thatsachen hätten wir den Krieg nicht gehabt. Beide ist einzig und allein Preußen zuzuschreiben. Ergo ist nach Ollivier Preußen das Karnickel, das angefangen hat. Warum, verehrter Herr Sophist, muß man den Exminister fragen, gehen Sie nicht auf diese Forderungen, die an den König von Preußen gestellt wurden, ein, durch die doch der Krieg veranlaßt wurde und die gewiß nicht von der preußischen Regierung formulirt worden waren? Statt dessen kehrt nur die stereotype Behauptung wieder, daß Preußen den Pakt von 1815 zerrissen und durch seinen Vormarsch bis zu den Vogesen Frankreich gezwungen habe, wieder die Offensive nach dem Ostabhang des Schwarzwaldes oder mindestens bis zum Rhein zu ergreifen, Punkte, zu denen Frankreich vom Flehen des gefesselten Metz und Straßburg gerufen wurde.

Das ist das alte Lied, das uns vorgesungen wird, und man muß nur darüber staunen, daß ein Mann mit einem so vollkommenen